

10. April 2019

Ein Jahr eHealth in der GroKo – Ein gesundheitspolitisches Zwischenfazit

Im Koalitionsvertrag haben sich CDU und SPD die Förderung der Digitalisierung auf die Fahnen geschrieben. Doch wie sehen die politischen Willenserklärungen in der Praxis aus? Der Bundesverband Gesundheits-IT lud auf der DMEA 2019 Vertreter von Ärzteschaft, Industrie, Wissenschaft und Politik bei einer Paneldiskussion zu einem gesundheitspolitischen Zwischenfazit ein.

Dass es die jetzige Bundesregierung ernst meint mit eHealth, bewies nicht zuletzt der Besuch von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn auf der DMEA 2019. Doch wie schätzen Experten die politischen Bemühungen ein? „Im vergangenen Jahr ist mehr passiert als in den 14 Vorjahren“, unterstrich Prof. Dr. Peter Haas, Professor für Medizinische Informatik an der Fachhochschule Dortmund auf einer Panel-Diskussion auf der DMEA 2019. „Was fehlt, ist jedoch eine Gesamtstrategie.“ Schnelle Entscheidungen bedeuteten eben keine schnelle Umsetzung. Es sei zwar viel passiert, doch einige Dinge hätten seiner Ansicht nach anders justiert werden müssen.

Erik Bodendieck, Präsident der Sächsischen Landesärztekammer, gab zu bedenken, dass alle Beteiligten ins Boot geholt werden müssten. „Fristen und Regelungen werden nicht ausreichen“, mahnte er an. Digitale Lösungen werden seiner Erfahrung nach noch all zu oft vom gesunden Menschen her gedacht und decken sich nur selten mit der Realität in der Behandlung.

Ogleich Uwe Eibich, Vorstand, CompuGroup Medical Deutschland AG, anerkennt, dass in der Politik gerade einiges in Sachen eHealth passiert, ist er von einigen Dingen wie dem jetzigen Modell der elektronischen Patientenakte (ePA) nicht überzeugt und fordert eine Wahlfreiheit für Patienten. „Neben der Technik muss vor allem auch in die Kommunikation investiert werden, zum Beispiel um Ärzte vom Nutzen dieser Neuerungen zu überzeugen“, sagte er. Momentan bestehe die Gesetzgebung aus fragmentarischen Einzelteilen, eine Strategie oder ein Zielbild fehle.

Das sah die Bundestagsabgeordnete und Sprecherin für Gesundheitspolitik und Mitglied des Gesundheitsausschusses von Bündnis 90 / Die Grünen, Maria Klein-Schmeink, ähnlich. Sie kritisierte: „Die Aktion ist da, aber es ist unklar, wohin sie zielt. Was hilft die ePA, wenn die Aufklärung der Patienten zu ihrem Nutzen fehlt?“ Bisher seien die Maßnahmen fragmentarisch und sehr arztlastig. Sie lassen andere Leistungserbringer wie Physiotherapeuten, die gerade bei längeren Behandlungen eine wichtige Rolle spielen, aber auch Patienten außen vor. „Es besteht eine große Lücke zwischen dem, was ist, und dem was wir noch brauchen“, lautete das Fazit der Oppositionsvertreterin.

Der Abgeordnete Tino Sorge aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verteidigte die bisher auf den Weg gebrachten politischen Maßnahmen beim Thema eHealth. Er sieht die Aufgabe der Politik vor allem darin, im Prozess Standards zu entwickeln, Schnittstellen zu definieren und Evidenz zu generieren. „Wir müssen das System so offen halten, dass Innovationen wie KI möglich sind“, sagte er. Zugleich regt er eine gesellschaftliche Debatte dazu an, ob beispielsweise eine elektronische Krankenschreibung ohne Arztbesuch gewollt ist. Auch das Thema Datensicherheit sei wichtig, „damit wir die Digitalisierung in der Medizin letztlich nicht erleiden, sondern gestalten“.

Trotz unterschiedlicher Standpunkte bilanzierte der Moderator und freie Journalist Hans-Peter Bröckerhoff, dass die Diskussion zwischen Politik, Opposition und

Akteuren nicht mehr länger durch Anklage und Verteidigung geprägt sei. Dank reger Kommunikation und einer strategischen Herangehensweise sei man auf einem guten Weg, einen gemeinsamen Nenner zu finden.